

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 18. September 2006, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 36 und 37 vom 7. und 14. September 2006 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Probst Andrea
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Albrecht Susanne, Bachmann Véronique, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Friedli Daniel, Gilomen Heinz, Grimm Christoph, Haller Dieter, Hänzi Therese, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Keller Hansjörg, Kolb Martin, Leibundgut Remo, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Rudolf, Rauch Wilhelm, Reusser Gabriele, Rutschmann Gabriela, Schnell Vinzenz, Schwertfeger Doris, Wenger Annelies, Zurbrügg Christoph, Zurbrügg Patrizia und Zwahlen Michel
Entschuldigt	Herren Bär Walter, Buschor Daniel, Grimm Thomas und Frau Mumenthaler Mirjam
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Grimm Markus, Haldimann Franz, Kummer Hugo, Urech Peter und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Damen Rechner Beatrix und Schütz Baumgartner Barbara
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 19. Juni 2006	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Bau- und Planungskommission; Ersatzwahl	Seite	4
5. Auftrag Wilhelm Rauch und Mitunterzeichnende betreffend Neuerarbeitung Richtplan	Seite	4
6. Auftrag Wilhelm Rauch und Mitunterzeichnende betreffend Strategiekommission / Zukunftsrat	Seite	5
7. <i>Auftrag der SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss; Diskussion und Beschlussfassung (wird verschoben)</i>	Seite	8
8. Dringliche Motion Christoph Grimm, GFL-Fraktion, betreffend Planungszonen für Antennen	Seite	8
9. Dringliche Motion der SP-Fraktion betreffend Jugend-, Kultur- und Begegnungszentren	Seite	9
10. Motion Martin Kolb und Adrian Muster (FDP) betreffend „Prüfung von alternativen Finanzierungsformen für die Stadtfinanzen“	Seite	11
11. Interpellation der SP-Fraktion betreffend „Espace Mittelland“	Seite	13
12. Interpellation Stefan Berger und Mitunterzeichnende betreffend „Situation Fachhochschule am Standort Burgdorf“	Seite	14
13. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	16

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Rosser Bruno durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadratspräsident Probst Andrea beantragt, das Traktandum *7 Auftrag der SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss; Diskussion und Beschlussfassung* zu verschieben.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Änderungen der Traktandenliste.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 19. Juni 2006

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 19. Juni 2006.

2. Informationen des Stadratspräsidenten

Stadratspräsident Probst Andrea begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er die zwei neuen Mitglieder des Stadtrates (SR), Frau Caesar Priska und Frau Reusser Gabriele.

Der Vorsitzende informiert über den diesjährigen Stadtratsausflug vom 8. September 2006. Obwohl eine schwache Beteiligung zu verzeichnen war, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer freundlich empfangen und durften interessante Führungen durch die Firma Asic Robotics und Jenni Energietechnik AG erleben. Das anschliessende Apéro fand in der Plattenausstellung des langjährigen ehemaligen SR-Mitgliedes Derendinger Urs statt. Die Gemeindepräsidentin von Oberburg, Frau Jost Esther, hat am Apéro teilgenommen. Das feine Nachtessen fand im Restaurant Lochbach Bad statt. Der Vorsitzende dankt den Organisatoren für die geleistete Arbeit.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert über die Sportstätte Neumatt sowie den Stand der Dinge betreffend Kornhaus.

Der SR hat ein Informationsblatt der nichtständigen gemeinderätlichen Kommission erhalten. Auf dem Informationsblatt ist ersichtlich, wer in dieser Kommission vertreten ist. An einer ersten Sitzung hat man sich bemüht, die Ressorts zu verteilen und mit Fürsprecher Bürgi juristisch abzuklären, ob eine Absichtserklärung mit der Firma Marazzi möglich ist. An der zweiten Sitzung wurden die Ressorts mit Pflichtenheft grösstenteils verteilt. Der Vertrag mit der Firma Marazzi konnte noch nicht fertig erstellt werden. Der Stadtpräsident, Stadtbaumeister und Stadtschreiber haben sich nach dem Rückzug aus der Sportstätte Emmental AG mit Herrn Marazzi getroffen, da er die beiden Projekte Langnau und Burgdorf vorfinanziert hat. Herr Marazzi hat sich bereit erklärt, auch mit Burgdorf eine Sportstätte zu realisieren. Es kommt nun darauf an, mit welchem Vertrag und Submissionsordnung verhandelt wird. Die Stadt Burgdorf ist unter Zeitdruck, denn wie bekannt ist, wird der Kanton die jetzige Anlage per 2008 schliessen, wenn kein Projekt vorhanden ist. Zur Zeit laufen noch juristische Abklärungen betreffend der Submission. Herr Marazzi würde das Projekt der Stadt Burgdorf mit einem ansehnlichen Beitrag unterstützen, aber die Stadt Burgdorf untersteht der kantonalen Submissionsordnung. Das juristische Gutachten wird bis Ende Woche vorliegen. Weitere Informationen folgen so bald als möglich. Es soll eine gute Sache auf die Beine gestellt werden. Am 17. Oktober 2006 findet die nächste Sitzung der Kommission statt. In dieser Kommission fehlt noch ein Vertreter vom Quartier. Es ist wichtig, dass

dieser Vertreter von Anfang bis Schluss dabei sein kann. Es handelt sich um ein heikles Thema und es gibt noch einiges zu tun.

Seit 1. Juli 2006 ist die Stadt Burgdorf wieder Besitzer des Kornhauses. Die Liquidation ist noch nicht abgeschlossen und wird von Fürsprecher Güngerich geführt. Die Musikinstrumente können eventuell noch platziert werden. Der SR wird laufend informiert, aber zuerst müssen die Vertragsverhandlungen abgewartet werden. Betreffend der Liegenschaft sind seit letztem Winter rund 20 Bewerbungen eingetroffen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind es noch 2 bis 3 Bewerbungen. Viele Bewerber hatten von dem Gebäude kein Ahnung und vor allem waren die Betriebskosten nicht bekannt. Die Betriebskosten betragen rund Fr. 100'000.--. Der Gemeinderat (GR) hat eine Gruppe eingesetzt. In dieser Gruppe sind der Stadtbaumeister, Liegenschaftsverwalter, Kaufmann Hans, Stadtpräsident und Stadtschreiber. Der GR hat beschlossen, da eine langfristige Lösung gesucht wird, das Kornhaus vorläufig zu schliessen. Das Kornhaus wurde wintertauglich gemacht, damit das Gebäude keinen Schaden nimmt. Der Architekt Kaufmann Hans hat sich bereit erklärt, die Interessen am Kornhaus abzuklären. Die ansässigen und regionalen Vereine und Institutionen werden angefragt, ob eine gute Idee vorliegt und ob Interesse am Kornhaus besteht. Es ist wichtig, dass regional gedacht wird und die Interessen genau abgeklärt werden. Mitte Oktober wird der Bericht des Architekten Kaufmann Hans vorliegen. Der GR wird danach eine Auslegeordnung machen und über das weitere Vorgehen beim Kornhaus entscheiden. Im Frühling 2007 soll eine langfristige Lösung vorliegen.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert über den Zustand der Fliessgewässer nach den anhaltenden Regenfällen vom Wochenende. Für die Stadt Burgdorf besteht dank der getätigten Vorsorge und Investitionen keine Gefahr. Die Situation hat sich entschärft. Heute Morgen musste jedoch aus Sicherheitsgründen der Typonsteg gesperrt werden. Der Typonsteg ist eine Gefahrenquelle für das Quartier. Das Poldersystem im Underbärgetal hat funktioniert. Wäre dem nicht so, hätte Oberburg ein Problem gehabt. Die Poldersysteme haben zwar viel Geld gekostet, aber es hat sich gelohnt.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth orientiert über die Wahl des neuen Musikschulleiters Herrn Bachmann Armin. Er ist Professor und gebürtiger Luzerner. Bachmann Armin wohnt mit seiner Familie im solothurnischen Wolfwil. Einerseits ist er ein begeisterter Musikant und andererseits ein Pädagoge. Er möchte am Schluss seiner beruflichen Karriere bei der Ausbildung junger Leute und Kinder mitwirken und die Musik wieder in die Breite tragen. Herr Bachmann Armin wurde heute der Presse vorgestellt. Eine kleine Paritätische Kommission hat die Wahl des Musikschulleiters vorgenommen. Weitere Informationen über Bachmann Armin findet man unter www.arminbachmann.ch. Im weiteren informiert Gemeinderätin Zäch Elisabeth über die Kulturnacht Burgdorf. Der SR wird ermuntert, an diesem Anlass mitzumachen. Der Anlass kostet Fr. 25.--. Zudem orientiert sie über die Luginbühl-Ausstellung vom 7. und 8. Oktober 2006. Die Ausstellung findet im Luginbühl-Park und Schlachthaus statt. Es ist ein tolles Angebot.

4. Bau- und Planungskommission; Ersatzwahl

Durch die Demission von Herrn Kurt Welsch schlägt die SVP Herr Christoph Wyss, Geschäftsführer und Inhaber Lubana AG, Platanenstrasse 2, Burgdorf, SVP, als Mitglied der Bau- und Planungskommission vor.

Einstimmig wird Herr Christoph Wyss als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt.

5. Auftrag Wilhelm Rauch und Mitunterzeichnende betreffend Neuerarbeitung Richtplan

Stadtrat Rauch Wilhelm teilt mit, dass der Wortlaut und die Begründung klar formuliert sind. Der letzte Richtplan stammt aus dem Jahre 1997. Seit dieser Zeit wurde in den Jahren 2000 und 2001 nur zwei Standberichte erarbeitet. Die Weiterentwicklung der Stadt Burgdorf hat jedoch nicht aufgehört und geht in grossen Schritten vorwärts. In der Zukunft stehen grosse und wesentliche Projekte an. Dem Bürger soll aufgezeigt werden, wohin sich die Stadt entwickelt und die Möglichkeit gegeben werden mitzureden. Es geht nicht darum, die Kompetenz des GR in Frage zu stellen. Da es um die Zukunft der Stadt geht und es wesentliche Veränderung gibt, ist es wichtig, dass eine Gesamtplanung vorgelegt wird. Der SR wird gebeten, den Auftrag an der GR zu überweisen.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, orientiert, dass der Auftrag und die Antwort des GR diskutiert wurde. Die Grundidee des Auftrages ist erkannt und von der Exekutive auch aufgenommen worden. Der aktuelle Richtplan der Stadtentwicklung ist aus dem Jahre 1997. Im Legislaturplan des GR vom 15. August 2005 findet sich als Legislaturziel 17 die Erarbeitung eines neuen Leitbildes für die Entwicklung der Stadt Burgdorf. Der SR hat anlässlich der Informationsveranstaltung eine Übersicht der Entwicklungsprojekte der einzelnen Direktionen erhalten. Das neue Leitbild der Stadt Burgdorf war ebenfalls aufgelistet. An der Informationsveranstaltung ist ein weiteres Mal eine Schulung über die Zuständigkeiten des GR und SR erfolgt. Diese Zuständigkeiten sind in der Gemeindeordnung geregelt. Der Parlamentarische Auftrag regelt der SR. Damit ist klar, dass der GR über das neue Leitbild entscheidet. Deshalb ist es nach Ansicht der GPK nicht nötig, dass der Auftrag wie vom GR beantragt abgeändert werden muss. Der SR erhält das neue Leitbild nur zur Kenntnis. Der GR kann kaum etwas mit einem neuen Leitbild erreichen, wenn der SR dieses ablehnend zur Kenntnis nimmt. Die GPK beantragt dem SR einstimmig, den Auftrag Rauch Wilhelm in seiner ursprünglichen Form anzunehmen.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz informiert, dass der SR die Antwort des GR erhalten hat. Auf eine Wiederholung wird verzichtet. Der GR ist der Meinung, dass es bei Formulierung zum Antrag des GR „Annahme des Auftrages im Sinne der Ausführungen“ Missverständnisse gegeben hat. In der Antwort zeigt der GR auf, wie der Leitbildprozess in drei Phasen abläuft. In diesem Sinn will der GR den Auftrag umsetzen. Deshalb die Formulierung „Annahme des Auftrages im Sinne der Ausführungen“. Der Auftrag hat den Charakter einer Richtlinie. Der GR hat deshalb bei einer Annahme des Auftrages einen gewissen Handlungsspielraum. Der GR geht davon aus, dass der SR mit dem aufgezeigten Vorgehen grundsätzlich einverstanden ist. Unter diesen Umständen spielt es keine Rolle, ob der SR den Auftrag im Sinne der Ausführungen oder ohne Zusatz annimmt. Wenn der SR mit dem Vorgehen nicht einverstanden ist, muss es konkretisiert werden. Es würde nicht reichen, den Wortlaut des Auftrages anzunehmen. Man müsste ausdrücklich auf die Differenzen hinweisen, damit der GR weiss, wo Korrekturen erwünscht sind. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag mit oder ohne Zusatz „im Sinne der Ausführungen“ zu überweisen.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag diskutiert wurde. Es ist wichtig, einen neuen Richtplan Stadtentwicklung zu erarbeiten. Es müssen wie im Auftrag erwähnt, alle Bereiche berücksichtigt werden. Stadtrat Ingold Rolf macht als Präsident der Sportkommission darauf aufmerksam, dass es wichtig ist, auch die sportlichen wie auch freizeitorientierten Sichten miteinzubeziehen. Die SVP-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, gemäss Antrag der GPK, die Ergänzung „im Sinne der Ausführungen“ zu streichen. Dem Antrag wird zugestimmt.

Wortlaut Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat einen neuen Richtplan Stadtentwicklung vorzulegen, welcher die Entwicklung der Stadt Burgdorf für die kommenden 10 – 15 Jahre insbesondere in sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, städtebaulicher, regionaler sowie finanzieller Hinsicht aufzeigt und welcher unter Mitwirkung breiter Bevölkerungskreise erarbeitet worden ist.

Der Stadtrat überweist einstimmig den Auftrag an den Gemeinderat.

6. Auftrag Wilhelm Rauch und Mitunterzeichnende betreffend Strategiekommission / Zukunftsrat

Stadtrat Rauch Wilhelm teilt mit, dass es wichtig ist bei künftigen Planungsprozessen die Bevölkerung miteinzubeziehen. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, bei der Entwicklung der Stadt mitzureden. Über gewisse Formulierungen des Auftrages kann diskutiert werden. Die GPK hat sich über gewisse Details unterhalten und eine alternative Formulierung ausgearbeitet. Stadtrat Rauch Wilhelm gibt bekannt, dass er seinen Wortlaut zugunsten der GPK-Formulierung zurückzieht und bittet den SR, dem Wortlaut der GPK zuzustimmen.

Stadtrat Baumann Walter, namens der GPK, orientiert, dass im Zusammenhang mit dem vorhin behandelten Auftrag bereits viel vom Präsident der GPK gesagt wurde, da die beiden Aufträge einen gewissen Zusammenhang haben. Die GPK ist dem Auftrag nicht negativ gegenübergestanden. Es wurde jedoch festgestellt, dass die Formulierung gewisse Probleme birgt. Eine Umformulierung ist nötig, damit der SR dem Auftrag zustimmen kann. Ein wichtiger Punkt ist, dass ein Auftrag eine Emp-

fehlung ist bzw. den Charakter einer Richtlinie hat. Eine gewisse Anpassung des Textes ist daher notwendig. An der Grundformulierung des Auftrages hat die GPK betreffend der breiten Abstützung in der Bevölkerung sowie der Strategie gewisse Bedenken. Nach Meinung der GPK ist es schwierig, wenn es breit abgestützt ist auch noch strategisch handeln zu können. Jemand der strategisch handeln soll, muss losgelöst von Vorgaben, weder aus der Bevölkerung noch von der Politik, und unabhängig sein. Die Bevölkerung hat andere Möglichkeiten mitzuwirken. Die GPK hat Verständnis für die Antwort des GR. Nach eingehender Diskussion ist die GPK jedoch zu einem anderen Schluss gekommen als der GR. Die Strategie und das Tagesgeschäft können schlecht vermischt werden. Die Mitglieder des GR haben mit dem Tagesgeschäft genug zu tun und können nicht mehr unbedingt losgelöst strategisch denken. Das losgelöste Denken ist für die GPK ein zentraler Punkt. Der GR hat im Rahmen des Leitbildprozesses externe Personen beigezogen, um einen Input von aussen zu erhalten. Es besteht im weitesten Sinne, wie es der GR in seiner Antwort erklärt hat, bereits eine solche Kommission wie es der Auftrag verlangt. Es gibt jedoch eine Differenzierung. Das Gremium soll selbstständig ein Ergebnis erarbeiten und dies der politischen Behörde vorlegen. Die eigentliche Meinungsbildung findet somit im GR oder der Verwaltung statt. Aus diesen Gründen hat die GPK einen Gegenvorschlag erarbeitet.

GPK-Antrag

Dem Gemeinderat wird empfohlen, für künftige strategische Planungsprozesse sowie für die Erarbeitung von Sachvorlagen mit hauptsächlich strategischem Inhalt, einen Ausschuss zu schaffen, welcher ihn in Strategie und Planung berät und unterstützt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass sich der GR stets bei allen Geschäften bemüht, die Basis zu berücksichtigen. Jedoch sollte die Basis auch mitarbeiten. Es nützt nichts, eine Begleitkommission aufzustellen und dann nehmen nur ein Drittel der Vertreter teil. Schlussendlich muss der GR eine Entscheidung fällen. Der GR hat sich bei jedem Projekt auf die Basis abgestützt. Der GR ist der Meinung, dass zum Auftrag noch Klärungsbedarf vorhanden ist. Der GR lehnt den Auftrag in erster Linie aus formellen Gründen ab, aber auch aus materieller Sicht sind Bedenken vorhanden. Der Auftrag fällt in die Zuständigkeit des GR und muss deshalb abgelehnt werden. Für die strategische Führung der Gemeinde wurde der GR vom Volk gewählt. In materieller Hinsicht bestehen in erster Linie Bedenken betreffend Effizienz der künftigen Einarbeitung des GR und mögliche Kompetenzkonflikte. Ratschläge von Dritten sind im GR grundsätzlich willkommen. Es werden schon jetzt Begleitgruppen eingesetzt. Es bedeutet nicht, dass eine neue Strategiekommission etwas gutes ist. Es wird problematisch eine längerfristige Kommission einzusetzen, vor allem wegen den unklaren Schnittstellen, Aufgaben oder Kompetenzen. Es wäre ein ernstzunehmendes Risiko, sowohl für die strategische Arbeit im GR wie auch die politische Lenkung des SR. Ein solcher Schritt muss sorgfältig durchdacht sein und abgewogen werden. Es wäre fahrlässig, im Rahmen eines Auftrages einen solchen Entscheidung zu fällen. Die von der GPK vorgeschlagene Formulierung trägt den formellen Einwände des GR Rechnung, indem der Auftrag nur noch eine Empfehlung ist. Inhaltlich stellt dieser jedoch die gleiche Forderung wie der ursprüngliche Wortlaut des Auftrages. Die materiellen Bedenken des GR haben deshalb unverändert Gültigkeit. Der GR hat aus diesem Grund eine andere Formulierung vorgeschlagen und diese hat unveränderte Gültigkeit. Der GR will die Idee zuerst prüfen und im Rahmen des Leitbildprozesses die Meinung von Drittpersonen einholen. Dieses Vorgehen ist vernünftiger als eine Empfehlung abzugeben. Bei der Empfehlung geht man davon aus, dass ohne Abklärungen ein solcher Ausschuss die sinnvolle Lösung ist und keinen Spielraum für bessere Alternativen lässt. Der GPK-Antrag ist zwar nur eine Empfehlung und hat keinen verbindlichen Charakter. Es wird politisch etwas verlangt, das möglicherweise nicht sinnvoll ist. Der GR lehnt den Antrag von Stadtrat Rauch Wilhelm sowie den Abänderungsantrag der GPK ab. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag abzuändern gemäss schriftlicher Stellungnahme des GR.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass dem Abänderungsantrag der GPK zugestimmt wird. Die Bedenken des GR wurden zur Kenntnis genommen und eingehend diskutiert. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Auftrag in dieser Form zulässig ist. Gemäss Reglement hat der Auftrag den Charakter einer Richtlinie und der Gegenstand in die abschliessende Zuständigkeit des GR fällt. Die formelle Zulässigkeit ist somit festgelegt. Die Empfehlung der GPK ist stufengerecht und kommt dem GR entgegen. Der GR kann frei entscheiden wie und wann der Ausschuss im Rahmen der Empfehlung eingesetzt werden soll. Es ist wichtig, dass Geschäfte mit strategischem Inhalt möglichst breit abgestützt werden. Für den GR ist es sicherlich nicht befriedigend, wenn an den so genannten Runden Tische fast niemand teilnimmt. Der Abänderungsantrag der GPK wird unterstützt.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, ist nicht der Meinung, dass es unbedingt eine Strategiekommission geben muss. Es ist auch keine permanente Strategiekommission nötig. Die Idee der Empfehlung ist, dass bei Bedarf Leute dazu gezogen werden können. Es wird im Prinzip bereits so gemacht. Deshalb wird die Polemik nicht ganz verstanden.

Gemeinderat Grimm Markus teilt mit, dass Stadtrat Keller Hansjörg mit seinem letzten Votum das ganze auf den Punkt gebracht hat. Es wird nicht eingesehen, warum der Auftrag eingereicht wurde, wenn der GR bereits so handelt. Als Beispiel sei das Baureglement, der ESP Bahnhof, das Pestalozzi-Schulhaus, die Eissportstätte und das Abfallreglement erwähnt. Eine Kommission nützt aber nichts, wenn die Leute nicht teilnehmen können. Der GR hat bereits seit Jahren bei strategischen Geschäften Dritte miteinbezogen. Der eingereichte Auftrag verlangt einen Ausschuss und das ist nicht möglich, da die Problematik von Geschäft zu Geschäft ändert. Es wäre sinnvoller, wenn der Ausschuss ändert. Es ist unbegreiflich, dass ein Auftrag eingereicht wird obwohl der GR seit Jahren so handelt.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass der Auftrag eingereicht wurde und der SR die Wahl hat, diesen zu übernehmen, umzuformulieren oder zurückzuweisen. Wenn konstruktiv gehandelt werden soll, muss der Auftrag umformuliert werden damit dieser brauchbar ist.

Gemeinderat Grimm Markus teilt nochmals mit, dass der GR seit Jahren so handelt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz informiert, dass die Formulierung des Auftrages massgebend ist. Der GR muss sich bei der Umsetzung an die Formulierung halten und diese verlangt eine Strategiekommission. Der Wortlaut muss klar formuliert sein. Der GR ist bereit, etwas zu unternehmen und zu verhandeln.

Stadtrat Baumann Walter teilt mit, dass der Einsatz einer Begleitgruppe wie zum Beispiel beim ESP Bahnhof und dem Abfallreglement sinnvoll ist. Die Strategie findet dort statt, wo entschieden wird, dass ein ESP Bahnhof geplant werden soll. Die Ausarbeitung ist bereits operativ und hat nichts mit Strategie zu tun. Die Argumente des GR sind nicht stufengerecht. Es geht um übergeordnete Ziele.

Gemeinderat Grimm Markus entgegnet Stadtrat Baumann Walter, dass es so nicht stimmt. Die Begleitgruppe wird in Etappen einberufen um herauszufinden, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist. Die Idee muss so oder so vom GR erarbeitet werden. Erst danach findet der Prozess statt, bei dem Dritte miteinbezogen werden.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, orientiert, dass der Auftrag so nicht umgesetzt werden kann. Im SR besteht eine gewisse Unsicherheit mit der Strategiekommission oder dem Zukunftsrat. Die Unsicherheit äussert sich in der heute geführten Diskussion. Es nützt nichts, eine Koryphäe nach Burgdorf zu bringen, denn wir stehen uns im politischen Prozess im Weg. Bei den Tagesgeschäften hat jeder kurzfristige Ziele vor Augen. Es kann nichts institutionalisiert werden mit der Hoffnung, dass jemand für uns strategisch handelt. Es wären zu hohe Erwartungen und dies kann auch nicht erwartet werden. Der GR muss strategisch tätig sein und das macht er auch. Der GR zieht bereits jetzt bei den Geschäften, wo es nötig ist, Personen bei. Wann hat der SR das letzte Mal bei einem Geschäft den Richtplan konsultiert? Der Auftrag wird nicht unterstützt.

Stadtrat Rauch Wilhelm teilt mit, dass die Aussage von Stadtrat Aeschlimann Martin ein wesentliches Element ist zur Annahme des Auftrages. Das relativ kurzfristige Handeln des GR, was nicht als Vorwurf gelten soll, wird je näher die Wahlen rücken noch kurzfristiger. Ein Ausschuss denkt längerfristig und kann den GR unterstützen ohne irgendwelche Wahlambitionen. Im weiteren kann der Ausschuss übergeordnete Ziele und Ideen vom GR vorberaten.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert, dass alle Mitglieder des GR strategische Überlegungen machen. Der GR macht trotz den Wahlen längerfristige Gedanken und Überlegungen. Der GR denkt strategisch. Es ist klar, dass gewisse Ideen nicht zum Tragen kommen. Ein GR der nicht längerfristig denkt, kann auch nicht regieren. Eine Kommission kann nichts ändern.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth ist der Meinung, dass eine ziemlich komische Diskussion geführt wird. Auf der anderen Seite wird gesagt, dass der GR das Anliegen bereits so handhabt und auf der anderen Seite fragt sich der GR, warum es noch eine zusätzliche Kommission benötigt. Der GR schlägt dem SR vor, das Anliegen ausserhalb des SR im Rahmen des Leitbildprozesses zu diskutieren. Es soll zuerst abgeklärt werden, ob eine solche Kommission sinnvoll ist. Man muss sich überlegen, ob für alle anstehenden Geschäfte eine Kommission eingesetzt werden soll oder je nach Geschäft fachlich

interessierte und unabhängige Personen beigezogen werden sollen. Der GR will das Anliegen prüfen und aufzeigen, was sinnvoll ist und was nicht. Das Anliegen muss gut durchdacht sein. Es geht um die Zukunft der Stadt Burgdorf.

Stadtrat Rauch Wilhelm teilt mit, dass sein Wortlaut zurückgezogen wird.

Stadtratspräsident Probst Andrea teilt mit, dass somit der GR-Antrag und GPK-Antrag zur Wahl stehen.

GPK-Antrag

Dem Gemeinderat wird empfohlen, für künftige strategische Planungsprozesse sowie für die Erarbeitung von Sachvorlagen mit hauptsächlich strategischem Inhalt, einen Ausschuss zu schaffen, welcher ihn in Strategie und Planung berät und unterstützt.

GR-Antrag

Dem Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen des Leitbildprozesses die Idee einer Strategiekommision bzw. eines Zukunftsrates zu prüfen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten.

Der Stadtrat überweist mit 24 Ja zu 9 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen den GPK-Antrag an den Gemeinderat.

7. Auftrag der SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss; Diskussion und Beschlussfassung

Die Behandlung des Auftrages wird verschoben.

8. Dringliche Motion Christoph Grimm, GFL-Fraktion, betreffend Planungszonen für Antennen

Stadtrat Grimm Christoph teilt mit, dass der SR die Antwort des GR schriftlich erhalten hat. Dem GR wird für den ausführlichen Bericht gedankt. Die GFL-Fraktion nimmt die Anliegen von vielen Bürgern ernst. Bei geplanten Antennen hagelt es jeweils Einsprachen. In Burgdorf war dies vor allem bei der geplanten Antenne an der Bernstrasse der Fall. Zudem sind weitere Gesuche eingereicht worden. Es kann nicht sein, dass überall eine Antenne aufgestellt wird. Es ist klar, dass die Emissionswerte klar geregelt sind. Die GFL-Fraktion möchte nicht die Emissionswerte ändern und auch nicht Antennen verhindern. Es geht aber darum, dass Zonen geschaffen werden, wo in Zukunft Antennen gebaut werden können. In Burgdorf bestehen keine Lücken im Natelnetz. Es ist aber die Technologie der Zukunft, deshalb muss rechtzeitig geplant werden. Der Gemeinderat von Lyss hat im Juni einen solchen Zonenplan erlassen. Die GFL-Fraktion ist der Meinung, dass Burgdorf ebenfalls einen Zonenplan braucht. Es geht nicht darum Antennen zu verhindern, sondern einen Wildwuchs einzudämmen. Die Gemeinde Lyss hat drei Einsprachen gegen den erlassenen Zonenplan erhalten. Es ist klar, dass zuerst die Genehmigung des AGR abgewartet werden muss. Die Baurechtliche Grundordnung ist noch neu und kann nicht schon jetzt überarbeitet werden. Der Regierungsrat hat im Jahr 1999 eine Motion für ein generelles Antennenverbot abgelehnt. Zum jetzigen Zeitpunkt soll auf die Planungszone verzichtet werden. Die ganze Angelegenheit soll aber im Auge behalten werden. Der Entscheid des AGR soll abgewartet werden. Im Grossrat sind einige Vorstösse zu diesem Thema hängig. Der SR soll ein Zeichen setzen. Die Motion soll in ein Postulat umgewandelt und an den GR überwiesen werden. Es ist nicht bewiesen, dass gewisse Krankheiten dem Elektromog zuzuordnen sind. Der Bundesrat hat am 11. März 2005 einem nationalen Forschungsprogramm den Auftrag erteilt, die Auswirkungen der Strahlungen zu überprüfen.

Gemeinderat Grimm Markus teilt mit, dass dem SR die schriftliche Antwort abgegeben wurde, weil es sich um eine komplexe Materie handelt. Es wurde bereits viel gesagt. Nicht nur die GFL-Fraktion nimmt dieses Thema ernst, denn auch der GR befasst sich mit diesem Thema. Es ist auch bekannt, was der GR bereits unternommen hat. Dem GR waren die Hände gebunden und wurde vom Kanton gezwungen Entscheide zu fällen. Bei allen Baugesuchen haben die Gesuchssteller das Recht einen Entscheid zu erhalten. Es war nicht mehr möglich, das Moratorium aufrecht zu erhalten. Der GR hat etliche Briefe von besorgten Bürgern erhalten. Die Gemeindebehörde bzw. die Bau- und Planungskommission hat zwar die Hoheit der Bewilligungen, aber die Vorschriften müssten auf einer höheren Ebene gemacht werden. Der GR ist froh, dass im Grossrat hängige Vorstösse vorhanden sind. Es ist

wichtig, dass der Kanton und Bund ebenfalls aktiv werden. Zurzeit kann nicht viel mehr gemacht werden. Es ist richtig, die Entwicklung abzuwarten und zu beobachten. Die Problematik muss den Bürgern erläutert werden. Um ein Zeichen zu setzen, soll das Anliegen als Postulat überwiesen werden. Es ist wichtig, das Anliegen auf Bundes- und Kantonebene ebenfalls zu behandeln und nicht an die Gemeinden abzuschieben.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, orientiert, dass der Vorstoss in einem Bereich mit vielen Unsicherheiten operiert. Die Bevölkerung hat Bedenken und beschäftigt sich auch mit diesem Thema. Die Nebenwirkungen müssen klar sein. Es ist wichtig, dass ein Zeichen gesetzt wird. In Burgdorf ist der Handlungsspielraum sehr klein. Es geht darum, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Thematik muss beobachtet werden. Das Postulat wird unterstützt. In der Geschichte der Technik gibt es immer wieder Fehleinschätzungen. Es ist möglich, dass bei dieser Technologie zu einem späteren Zeitpunkt herausgefunden wird, dass es doch nicht ganz unbedenklich ist. Man ist froh, dass der GR bereits sein Möglichstes getan hat und weiterhin aktiv bleibt.

Stadtrat Friedli Daniel, namens der SVP-Fraktion und als Mitglied der Bau- und Planungskommission, informiert, dass es wichtig ist das Anliegen ernst zu nehmen. Die Bau- und Planungskommission hat zusammen mit einem externen Spezialisten das Thema an einer Sitzung eingehend diskutiert. Es ist wichtig zu wissen, dass in der Schweiz die Werte zehnmal tiefer sind als im übrigen Europa. Zudem werden die maximalen Sendeleistungen der Antennen bei weitem nicht ausgeschöpft. In keinem Umweltbericht gibt es eine vergleichbare Regelungs- und Kontrolldichte wie bei den Antennen. Das Postulat wird unterstützt.

Der Vorstoss wird in ein Postulat umgewandelt und vom Stadtrat einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

9. Dringliche Motion der SP-Fraktion betreffend Jugend-, Kultur- und Begegnungszentren

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, informiert über die Gründe zur Einreichung der Motion. Die Forderungen beruhen auf Konzepte der Stadt Burgdorf. Es ist wichtig, dass ein Jugendtreff für Jugendliche bis 16 Jahre und ein Raum für Jugendliche über 16 Jahre sowie ein Partyraum für grössere Anlässe für rund 300 Personen zur Verfügung steht. Es ist schade, dass die Stadt Burgdorf beim ehemaligen Pipeline nicht schon lange die Initiative ergriffen hat. Für die Jugendlichen über 16 Jahre wird es schwieriger ein Jugendraum zu finden. Das Jugendhaus im Kornhausquartier scheint nicht ideal zu sein. Die Situation ist seit 26 Jahren unbefriedigend gelöst. Nachdem die Stadt Burgdorf zwei Jugendarbeiter eingestellt hat, ist es an der Zeit eine nachhaltige Lösung zu finden. Das Jugendzentrum braucht keinen Luxus. Die Jugendlichen haben sowieso lieber Wände für Sprayereien und wenn am Haus herumgebastelt werden kann. Die Jugendlichen sollen das Jugendzentrum selber verwalten dürfen. Die Jugendlichen müssen lernen Selbstverantwortung zu übernehmen und das ist wichtig für das zukünftige Leben. Es ist nicht einfach geeignete Lokalitäten zu finden. Die Stadt Burgdorf hat bereits diverse Lokalitäten geprüft. Da bisher noch nichts gefunden werden konnte, soll die Stadt Burgdorf die Jugendlichen finanziell unterstützen und sich in diesem Bereich engagieren. Die Forderung nach einem Konzertraum ist entstanden, weil im Januar 2006 beschlossen wurde, die Turnhalle Sägegasse nicht mehr für Konzerte zur Verfügung zu stellen, weil ein Nutzungskonflikt mit den Schulen entstanden ist. Obwohl der Aufwand für ein Konzert in der Turnhalle Sägegasse gross war, ist sie von der Grösse, der Lage und vom Ambiente her ideal. Ein Konzertanlass mit weniger als 300 Personen rentiert finanziell nicht. Man hofft, dass die Turnhalle Sägegasse wieder einmal für ein Konzert genützt werden darf, wenn durch die Erweiterung des Schulhauses Pestalozzi mehr Sportraum entstanden ist. In Burgdorf sind fast keine anderen Möglichkeiten vorhanden. Falls die Bürgerlichen aus finanziellen Gründen Bedenken gegen die Motion haben, muss erwähnt werden, dass wir in der Zeit der Hochkonjunktur leben. Die Jugend soll unterstützt werden, auch in finanzieller Sicht. Die Stadt Burgdorf hat in den letzten Jahren nicht besonders viel für die Jugend ausgegeben. Es besteht also Nachholbedarf. Den Jugendlichen soll keine langweilige Stadt zur Verfügung stehen. Ohne Beschäftigung der Jugendlichen kann Frust, Zorn und Langweile entstehen und dies kann zu Vandalismus, Rechtsextremismus und Gewalt führen. Das Pogoschütz wird hoffentlich an der heutigen Sitzung noch erwähnt. Der SR wird gebeten, die Motion zu unterstützen.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass der Anlass Pogoschütz in der Presse falsch kommentiert wurde. Es war ein toller Anlass. Es ist zu bedauern, dass es nicht überall geklappt hat, aber man kann immer dazu lernen. Das Pogoschütz ist auf einem guten Weg. Es ist bekannt, dass die Suche

nach Jugendräumen harzt und die Jugendräume sind in Burgdorf nötig. Die Motion unterstützt die gemeinderätliche Stossrichtung im Bereich Jugend. Mit der Schaffung der Stelle der Jugendbeauftragten und den Jugendarbeitenden hat der GR zwei erste Schritte im Bereich Jugend umgesetzt. Die Problematik des fehlenden Jugendraums hat sich der GR ebenfalls seit längerem angenommen. Die Notwendigkeit von unterschiedlichen Jugendräumen zeigten auch die Resultate des Alkoholpräventions-Projektes „Die Gemeinde handelt!“. Die Raumsuche erweist sich jedoch als sehr schwierig. Trotz intensiver Suche der direktionsübergreifenden Gruppe, unter der Leitung der Jugendbeauftragten zusammen mit Jugendlichen und den Jugendarbeitenden, konnte bislang keine geeignete Lösung für einen oder mehrere Jugendräume oder für ein Jugend-, Kultur- und Begegnungszentrum gefunden werden. Der GR wird der Suche nach Jugendraum weiterhin eine hohe Priorität einräumen. Die Festlegung auf drei verschiedene Örtlichkeiten sowie die zeitliche Limite von zwei Jahren, wie es die Motion verlangt, können bei diesem unkalkulierbaren Projekt voraussichtlich nicht eingehalten werden. Der GR sollte je nach räumlichem Angebot reagieren und verschiedene Varianten als Möglichkeit in Betracht ziehen können. Deshalb soll die Motion in ein Postulat umgewandelt werden. Die Motion ist zu eng formuliert. In den vergangenen Jahren wurden Anstrengungen unternommen, die Räumlichkeiten der ehemaligen Jugendbeiz Pipeline, das ehemalige Bienz-Gebäude, das ehemalige Kino Palace sowie das ehemalige Durchgangszentrum im Fischermätteli für die Jugend zu gewinnen. Aus unterschiedlichen Gründen konnte jedoch keine dieser Lokalitäten für die Jugend umgenutzt werden. Ebenfalls keinen Erfolg ergaben die Anfragen für Räume, beispielsweise bei der Typon, im Alpina-Areal, im Bucherareal oder in der ehemaligen Druckerei Baumgartner. Das Jugendhaus befindet sich an der Kornhausgasse 12. Die neuen Jugendarbeitenden führen dort einen Jugendtreff mit Anlaufstelle für Jugendliche. Dieser Standort ist jedoch nur noch befristet nutzbar. Eine neue Möglichkeit bietet sich im Maison Pierre, Scheunenstrasse 3, an. Den Jugendarbeitenden und Jugendlichen würden drei Räume als Büro- und Aufenthaltsräume sowie ein Partyraum zur Verfügung stehen. Die Bildungsdirektion verfolgt in Zusammenarbeit mit der Baudirektion und dem Bereich Immobilien die notwendigen Schritte für die Miete dieser Räume. Als nächstes stehen die Vertragsverhandlungen sowie das Einleiten des Verfahrens für die Bewilligung der Neunutzung an. Der Partyraum im Maison Pierre eignet sich für Veranstaltungen bis zu 100 Personen und wäre in erster Linie für Jugendliche bis 16 Jahre vorgesehen. Mit dem Verein Bahnhoftreff Steinhof steht der GR in Verhandlung, den Kulturschopf für Anlässe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, vorwiegend über 16-jährige, benützen zu können. Eine Sommernutzung des Schopfs ist laut Gebäudeversicherung nun doch ohne Blitzschutzanlage möglich. Einzig müssen auf beiden Seiten Fluchtgeländer installiert werden. Einen Veranstaltungsraum für 300 bis 500 Personen hätte die ehemalige Werkstatthalle mit angrenzendem Raum im Wagnerareal in Oberburg an der Bahnhofstrasse 34 auf Burgdorfer Boden geboten. Die Verhandlungen standen kurz vor dem Abschluss. Leider hat sich der Vermieter trotz den vorangegangenen Gespräche unlängst gegen eine Vermietung für einen Jugend-Veranstaltungsraum entschieden. Die Suche nach Räumlichkeiten, in denen Jugendliche in eigener Verantwortung grosse Konzerte und Veranstaltungen organisieren können, wird nun von neuem und mit aller Kraft vorangetrieben. Man lässt sich dadurch aber nicht entmutigen. Wenn jemand einen geeigneten Schopf oder Lagerraum zur Verfügung stellen kann, soll er sich melden.

Stadtrat Penner Nadaw teilt mit, dass die Motion nicht in ein Postulat umgewandelt, sondern als Motion überwiesen werden soll, weil es sonst weitere 26 Jahre dauert bis zur Umsetzung.

Stadtrat Kolb Martin, namens der FDP- und SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich eingehend mit der Motion befasst hat. Die Fraktionen sind sich einig, dass die Motion unterstützungswürdig und berechtigte Ansätze vertritt. Es ist unbestritten, dass die Frage nach Jugend- und Jugendkulturräumen bis heute in Burgdorf nicht wirklich gelöst worden ist. Auch mit der Erstellung des Jugendleitbildes konnte dadurch keine Abhilfe geschaffen werden. Mit dem Nutzungsverbot der Sägegasse-Turnhalle hat sich die Gesamtsituation eher noch verschärft. Zudem kann die Markthalle auch nicht entsprechenden Ersatz bieten. Diese Punkte sind alle unbestritten. Was allerdings im zweiten Teil der Motion noch verlangt wird, sprengt den Rahmen völlig. Es wird Raumschaffung für 300 Personen verlangt und, dass Institutionen, Organisationen und Organisatoren finanziell und behördlich unterstützt werden sollen. Mit diesen zusätzlichen Forderungen wurde der Karren buchstäblich überladen und deshalb kann und wird die Motion in dieser Form nicht unterstützt. Wie bereits erwähnt, beinhaltet die Motion gute Ansätze und aus diesem Grunde ist man für konstruktive und tragfähige Lösungen. Im Sinne eines Gegenvorschlages und auch damit die Jugend nicht die „Gestraften“ sind, wird heute von der FDP- und SVP-Fraktion ein Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessene und zweckmässige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.“ Die Motion der SP-Fraktion wird von der FDP- und SVP-Fraktion abgelehnt. Die Chance für die Jugendlichen soll genutzt und der Auftrag unterstützt werden, mit unter einem allfälligen und gleichzeitigen Rückzug der Motion.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass es dem jugendlichen Alter des Motionärs zuzuschreiben ist, dass er von 26 Jahren Trauerspiel spricht. Es wird schon länger als seit 26 Jahren nach Jugendräumen gesucht. In Burgdorf hat es noch nie geeignete Jugendräume gegeben. Es hat zwar einige private Räume gegeben, aber diese waren kaum von der Stadt unterstützt worden. Das Anliegen ist dringend notwendig. Zum Pipeline wurde vor einiger Zeit bereits eine Interpellation eingereicht. Seither sind wieder einige SR-Sitzungen vergangen ohne dass etwas passiert ist. Stadträtin Mumenthaler Regina ist Mitglied des Runden Tisches, der sich unter anderem auch mit der Frage nach Jugendräumen beschäftigt. Die Forderungen der Motion können unterstützt werden. Die Turnhalle Sägegasse soll wieder zur Verfügung gestellt werden. In welchem Umfang die Organisatoren unterstützt werden sollen, ist in der Motion nicht definiert. Das Pogoschütz wird bereits von der Stadt unterstützt. Es wäre sicher möglich, andere Projekte ebenfalls zu unterstützen. Bei der Berichterstattung über das Pogoschütz wurde masslos übertrieben. Die Motion soll unterstützt werden.

Stadträtin Hänzi Therese, namens der EVP-Fraktion, orientiert, dass über die Motion diskutiert wurde. Die Jugendlichen sind fast überall unerwünscht. Es wäre wichtig, dass die Jugendlichen einen Begegnungsort haben. Zurzeit steckt die Stadt Burgdorf in der Schulraumplanung. Die Schulraumplanung ist ein wichtiges und nötiges Anliegen. Die Überweisung der Motion könnte die Schulraumplanung gefährden, da finanzielle Mittel benötigt werden, die eventuell bei der Schulraumplanung fehlen würden. Es ist wichtig, dass etwas für die Jugendlichen getan wird, deshalb soll das Anliegen als Postulat überwiesen werden.

Stadtrat Berger Stefan hält fest, dass in der Motion nirgends steht, in welcher Form und Grösse die Unterstützung stattfinden soll. Die Stadt Burgdorf kann die Richtung selber bestimmen, welche für alle akzeptabel ist. Die Jugendlichen sind wichtig und der Baustein unserer Zukunft. Der SR wird gebeten, die Motion zu überweisen und unterstützen, um spätere grössere finanzielle Ausgaben zu verhindern.

Stadtrat Grimm Christoph informiert, dass im Schopf Steinhof 100 Personen Platz haben und das sind dreimal weniger als in der Turnhalle Sägegasse. Seit 26 Jahren wartet man auf Jugendräume. Dies ist tragisch, aber Burgdorf wartet seit einer Ewigkeit auf einen Mehrzweckraum und zwar für alle Vereine und Organisatoren. Warum kann in diesem Zusammenhang keine Kombination gefunden werden? Man ist inzwischen bereit, für den Schulhausbau rund 20 Mio. Franken zu investieren. Deshalb muss versucht werden eine Kombination zu finden. Gemäss Artikel 26 der Gemeindeordnung besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit eines Jugendantrages. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist nur einmal ein Jugendantrag eingereicht worden. Ein Jugendraum für die Jugendlichen wird voll und ganz unterstützt, aber die Jugendlichen sollen auch Verantwortung übernehmen. Die Jugendlichen wissen oder wollen es nicht wissen, dass sie die Möglichkeit des Jugendantrages haben. Die Jugendlichen sollen ermuntert werden, Jugendvorstösse einzureichen. Die Jugendlichen sollen bei der Arbeit miteinbezogen werden. Der Motion kann nicht zugestimmt werden, aber das Postulat wird unterstützt.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth orientiert, dass die Jugendlichen in Burgdorf aktiv sind. Die Jugendlichen arbeiten in der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Staub Andrea aktiv mit. Es gibt viele Jugendliche die aktiv sind in Burgdorf. Die Jugendlichen haben anfangs Jahr im Alpina Keller ein erfolgreiches Konzert organisiert. Es ist klar, dass in der Stadt Burgdorf ein Raumproblem vorhanden ist. Die Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, ein Konzert zu organisieren, das auch finanziell tragbar ist. Die Stadt Burgdorf hat eine gewisse Verantwortung. Die Motion ist bindend und verursacht Kosten. Mit der Überweisung der Motion wird zudem ein strategischer Entscheid gefällt.

Die Motion wird mit 14 Ja und 21 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

10. Motion Martin Kolb und Adrian Muster (FDP) betreffend „Prüfung von alternativen Finanzierungsformen für die Stadtfinanzen“

Stadtrat Kolb Martin teilt mit, dass die öffentliche Hand ihren Bürgerinnen und Bürger sowie den Unternehmen in jeder Beziehung die besten Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen will. Gleichzeitig ist sie aber auch verpflichtet, die Entwicklung ihrer Ausgaben im Zaum zu halten. In diesem Zielkonflikt die Balance zu finden, erfordert gerade mit Blick auf den Standortwettbewerb unsere grösste Aufmerksamkeit. Weder eine einseitige Sparpolitik noch überbordender Ausbau der staatlichen Infrastruktur führt letztendlich zum Ziel. Bisher wurde die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe grundsätzlich der

Verwaltung zugeordnet. Die staatliche Aufgabenerfüllung stösst aber zunehmend an Grenzen. Die steigenden Ansprüche an den Staat, die Geschwindigkeit des Wandels, die Knappheit der öffentlichen Mittel sowie die zunehmende Komplexität von Innovationsprozessen fordern auch im Bereich der Erfüllung öffentlicher Aufgaben neue Wege zu begehen. Bei ausgewählten Projekten ist es durchaus vorteilhaft, dass die öffentliche Verwaltung die Aufgaben und Risiken aus Planung, Realisierung und Betrieb mit privaten Partnern teilt. Alternative Finanzierungsformen wie Public Private Partnership (PPP) bietet zudem auch eine Alternative zu Privatisierungen, die politisch an Grenzen stossen. Neben PPP kann aber auch der Verkauf von Aktien über Sale- and Rentback eine Möglichkeit sein, welche geprüft werden muss. Dies sind nur zwei von vielen Möglichkeiten. Es würde den Rahmen sprengen, weitere Möglichkeiten aufzuzeigen. Reformen im Sinne des New Public Managements (NPM) haben in den letzten Jahren eine neue Verwaltungsphilosophie mit sich gebracht. Damit soll die Effizienz, die Effektivität und die Kundenorientierung öffentlicher Verwaltungen verbessert werden. Die bisherigen NPM-Lösungen beschränken sich primär auf verwaltungs- und politikinterne Prozesse. Alternative Finanzierungsformen ist kein Zaubermittel. Es ist, in geeigneten Fällen, ein zweckmässiges Mittel zur Steigerung von Effizienz. Alternative Finanzierungsformen ermöglicht in einer Zeit, in der knappe staatliche Ressourcen die steigenden Ansprüche an den Staat nicht mehr zu erfüllen vermögen, die Mobilisierung von privatem Engagement. Last but not least sei noch erwähnt, dass durch alternative Finanzierungsformen das Problem der Abschreibungspraxis bei der Rechnung abgeschwächt werden kann. Wenn die Investitionen konventionell finanziert werden, engen wir den finanziellen Spielraum für die Zukunft ein. Dies führt schlussendlich zu einer Reduktion der Nettoinvestitionsquote. Es geht weder um eine weitere Sparrunde noch über die Diskussion einer möglichen Steuersenkung. Es geht einzig und allein darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Möglichkeiten und Chancen von alternativen Finanzierungsvarianten geprüft werden können. Eine Auslegeordnung kann uns weiter bringen. Es braucht hier die Politik. Im Namen der Motionäre wird der SR um Zustimmung gebeten.

Gemeinderat Grimm Markus orientiert, dass der GR grundsätzlich bereit ist, den Vorstoss von Martin Kolb und Adrian Muster betreffend Prüfung von alternativen Finanzierungsformen für die Stadtfinanzen als Postulat entgegenzunehmen. Warum als Postulat und nicht als Motion? Gemäss Wortlaut verlangen die Motionäre, dass für sämtliche städtische Aufgaben und Investitionen alternative Finanzierungsformen geprüft und Varianten mit Lösungsvorschlägen erarbeitet werden. Eine solche umfassende Prüfung ist eher theoretischer Natur und macht daher wenig Sinn. Es ist durchaus sinnvoll und möglich, für bestimmte Investitionsprojekte oder auch für einzelne Aufgaben alternative Finanzierungsformen wie zum Beispiel Sponsoring, Private-Public-Partnership, Beteiligung anderer Gemeinden, sell and lease back oder Outsourcing zu prüfen. In Frage kommen dafür Projekte wie der Entwicklungsschwerpunkt ESP Bahnhof, das Zeughausareal, die Eissportstätte oder Aufgaben im Bereich der Kultur oder der familienergänzenden Betreuung. Für andere Projekte und Aufgaben wie zum Beispiel Verkehrsinfrastruktur, Schulraum oder Fürsorge finden sich keine Investoren oder Sponsoren oder die Finanzierung über Leasing oder Zwischenhändler ist teurer als die eigene Fremdfinanzierung. Der GR ist mit den Motionären einig, dass wenn immer möglich alternative Finanzierungsformen geprüft werden sollen. Dies wird zum Teil bereits heute schon gemacht und kann sicher noch ausgebaut werden. In diesem Sinn ist der GR bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Der GR ist aber nicht einverstanden mit der Begründung der Motion. Diese kann anhand der allgemein gültigen Kennzahlen (Benchmark) im Kanton Bern widerlegt werden. Die Schulden der Stadt Burgdorf konnten in den letzten 10 Jahren von 82 auf 52 Mio. Franken reduziert werden. Das Resultat aus diesem Schuldenabbau zeigt sich in der Kennzahl Zinsbelastungsanteil. Dieser beträgt im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2005 minus 1,4% und liegt deutlich unter dem kantonalen Mittelwert von plus 1,1%. Ein Anteil im Minus-Bereich bedeutet, dass der Zinsertrag höher ist als der Zinsaufwand. Bei der Kennzahl Bruttoverschuldungsquote (Bruttoschulden in % des Finanzertrages) sind die Werte von über 200% kritisch. Der Mittelwert der bernischen Gemeinden liegt bei 107,5% und Burgdorf weist einen Wert von 86% aus. Die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde lässt sich mit der Berechnung der Kennzahl Selbstfinanzierungsanteil berechnen. Die Selbstfinanzierung wird in Prozenten des Finanzertrages dargestellt. Diese Kennzahl entspricht mit 9% der letzten 7 Jahre dem Mittelwert der bernischen Gemeinden. In Burgdorf stehen heute und in den kommenden Jahren einige grosse Investitionsprojekte an, die mit den anfallenden Folgekosten wie Zinsen und Abschreibungen die laufende Rechnungen belasten. Durch die vom Kanton vorgeschriebene Abschreibungspraxis von jährlich 10% auf den bestehenden Investitionen (Verwaltungsvermögen) werden die jeweiligen Jahresrechnungen überproportional belastet. Die Lebensdauer einer Investition bei der öffentlichen Hand hat dabei keinen Einfluss auf die Abschreibungsdauer, dies im Gegensatz zur Privatwirtschaft, wo Investitionsprojekte entsprechend ihrer Lebensdauer abgeschrieben werden, was zu einer regelmässigeren Abschreibungsbelastung führt. Allerdings hat Burgdorf in den letzten Jahren Eigenkapital von 10 Mio. Franken geäuft, um diese absehbaren Folgekosten aufzufangen. Obwohl sich die finanzielle Lage der Stadt effektiv anders präsentiert, als sie von den Motionären wahrgenommen wird, ist der GR

damit einverstanden, bei gewissen Projekten alternative Finanzierungsformen zu prüfen. Der GR beantragt dem SR, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Stadträtin Albrecht Susanne, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass der Vorstoss sehr allgemein gehalten ist. Es werden konkrete Vorschläge vermisst. Die Motion ist fantasielos und nicht sehr konstruktiv. Die GFL-Fraktion lehnt die Motion wie auch das Postulat ab. Es war nicht klar, was mit den alternativen Finanzierungsformen gemeint ist. Es fehlt ein konkretes Modell oder konkrete Vorstellungen. Die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf ist nicht so schlecht. Der Vorstoss wird deshalb abgelehnt.

Stadtrat Baumann Walter orientiert, dass der erste Teil der gemeinderätlichen Antwort klar ist und wird auch begrüsst. Der GR zeigt den Willen, alternative Modell zu finden. Mit dem zweiten Teil der Antwort ist er nicht einverstanden. Es wäre noch abzuklären, ob der Schuldenabbau seitens der Erfolgsrechnung oder Bilanz erfolgt ist. Eine gewisse Bedrohung ist, dass vier vorgesehene Projekte rund 50 Mio. Franken ausmachen und dazu kommen die jährlichen Abschreibungen. Das Eigenkapital ist in zwei Jahren aufgebraucht. Es ist daher wichtig, dass die alternative Finanzierungsformen eine Lösung darstellen. In diesem Sinn muss der Vorstoss unterstützt werden. Ob der Vorstoss als Motion oder Postulat überwiesen werden soll, ist den Motionären überlassen.

Stadtrat Rauch Wilhelm, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion nicht unterstützt wird. Die Gründe für die Ablehnung wurden bereits von Gemeinderat Grimm Markus erläutert. Die Motion hat einen typischen Postulatsinhalt. Was passiert eigentlich mit einem überwiesenen Postulat, wenn der GR die Forderungen bereits erfüllt? Man kann den GR nicht beauftragen, wenn er es bereits so macht. Die Meinungen in der SP-Fraktion, ob das Postulat noch Sinn macht oder nicht, sind unterschiedlich. Was soll eigentlich die Motion? Als die Bildungsdirektion in diesem Sinn gehandelt hat, waren die Bürgerlichen nicht zufrieden damit.

Gemeinderat Grimm Markus ist einig mit Stadtrat Baumann Walter betreffend der Begründung. Über die Erfolgsrechnung und Bilanz kann bilateral einmal diskutiert werden. Es ist eine kontroverse Diskussion. Es ist klar, dass noch Lücken vorhanden sind und noch nach weiteren Möglichkeiten gesucht werden kann. Das Postulat ist aber für die Umsetzung besser geeignet. Die Abschreibung bei der öffentlichen Hand ist problematisch und könnte mit Miete, Sponsoring, etc. umgangen werden. Das angesprochene Sponsoring der Bildungsdirektion ist nicht auf der gleichen Ebene anzuschauen wie mit den alternativen Finanzierungsformen.

Stadtrat Kolb Martin teilt mit, dass der Umwandlung der Motion in ein Postulat zugestimmt wird.

Stadtrat Muster Adrian orientiert, dass sich die Schuldenentwicklung eigentlich in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Die heutige finanzielle Lage der Stadt Burgdorf ist gut, aber es stehen viele grosse Projekte an. Deshalb muss die finanzielle Situation rechtzeitig überprüft werden. Der SR wird gebeten, das Postulat zu unterstützen.

Der Vorstoss wird in ein Postulat umgewandelt und vom Stadtrat mit 25 Ja und 9 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

11. Interpellation der SP-Fraktion betreffend „Espace Mittelland“

Stadtrat Probst Rudolf, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die wirtschaftliche Entwicklung einer Region und damit verbunden der Wohlstand der Bevölkerung von vielen Faktoren abhängig ist. Vieles hängt von der privaten Initiative ab, aber auch von den Rahmenbedingungen, die eine Region zu bieten hat. Einerseits muss man Grenzen und Leitplanken setzen, damit die Entwicklung in eine verträgliche Richtung geht. Andererseits kann man die Rahmenbedingungen auch so gestalten, dass die private wirtschaftliche Initiative angeregt und gefördert wird, zum Beispiel für die KMUs. Das Netzwerk „Espace Mittelland“ bietet eine solche Möglichkeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. In verschiedenen so genannten „Clusters“ werden die Vernetzung organisiert und Kontakte oder Synergien gefördert. Auf dem Stadtratsausflug bei der Firma Asic Robotics haben wir erfahren, wie wichtig solche Netzwerke für die Entwicklung und Produktion sein können, auch im Bereich der Spitzentechnologie. Es wurde festgestellt, dass im „Espace Mittelland“ alle grösseren Orte im Perimeter Mitglied sind, zum Beispiel Biel, Murten, Lyss und Langenthal, nur Burgdorf fehlt. Auch bei den Firmenmitgliedern ist nur gerade eine Burgdorfer Firma aufgeführt. Im nächsten Traktandum erfahren wir etwas

über die Fachhochschul-Standorte. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es im „Espace Mittelland“ ein „Bildungscluster“ gibt und, dass der Stadtpräsident von Biel im Vorstand des „Espace Mittelland“ sitzt. Die SP-Fraktion ist gespannt, vom GR zu erfahren, wie er sich zum „Espace Mittelland“ und zu den Fragen stellt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert, dass das Hauptziel des neuen Vereins unter dem Namen „Espace Mittelland – das zweisprachige Netzwerk für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ die Förderung eines zweisprachigen Wirtschaftsraums mit hoher Wertschöpfung und Innovationskraft ist. Zur Erreichung seiner Ziele lanciert, unterstützt oder führt der Verein Projekte durch zur Sicherstellung und Entwicklung einer hervorragenden Infrastruktur, zur Sicherstellung und Entwicklung eines hochwertigen Bildungsniveaus, zur Unterstützung der Innovationstätigkeit und Verstärkung des Unternehmertums sowie zur Sicherstellung und Entwicklung einer urbanen Lebensqualität (Kultur, Freizeit, Naherholung, Wohnen, Umwelt). Mitglied des Vereins werden können öffentliche Körperschaften sowie natürliche und juristische Personen. Gegenwärtig zählt der Verein 86 Mitglieder, darunter die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis sowie die Städte Biel, Freiburg, Langenthal und Murten und die Gemeinde Lyss. Weitere Mitglieder aus Burgdorf sind der Regionalverkehr Mittelland bzw. die BLS Lötschbergbahn sowie J. Lüthi und Co. AG. Aufgrund der sehr offen formulierten Ziele des Espace Mittelland kann eine weitgehende Übereinstimmung mit jenen der Stadt und Region Burgdorf festgestellt werden. Eine Einschränkung betrifft naturgemäss das Ziel der Zweisprachigkeit, das für die Region sicher zweitrangig ist. Der Nutzen des Vereins liegt vorwiegend in der grenzüberschreitenden Informations-, Diskussions- und Entwicklungsplattform. Ein Blick auf die Homepage (www.espace-mittelland.ch) liefert dazu konkrete Hinweise. Gegenwärtig befasst sich der Verein unter anderem mit dem Leadprojekt Espace Bern+ (Standortanalyse, Positionierung und Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Espace Mittelland), dem Projekt Ausbau regionale Zusammenarbeit am Jurasüdfuss sowie der Weiterentwicklung des Tourismus im Drei-Seen-Gebiet. Weitere Projekte wie gemeinsamer Auftritt der Universität Bern und Freiburg oder Städtetz Bern sind in Vorbereitung. Zur Zeit sind vier Städte und eine Gemeinde Mitglied des Vereins. Verschiedene weitere Regionen und regionale Organisationen haben gemäss Auskunft des Geschäftsführers des Vereins Interesse angemeldet. Burgdorf steht vorläufig nicht abseits und muss mit keinen Nachteilen rechnen. Der Verein befindet sich noch in einer Aufbauphase. Diese bietet die Chance, Ideen einzubringen und an deren Verwirklichung im Verbund mit anderen Mitgliedern mitzuwirken. Die einzige statutarische Pflicht eines Mitgliedes besteht in der Leistung des jährlichen Mitgliederbeitrages in Höhe von 7 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner einer Gemeinde. Mindestens eine moralische Pflicht besteht im Besuch der Mitgliederversammlung und eventuell der Bezeichnung von Personen, die sich für die Wahl in ein Vereinsorgan zur Verfügung stellen. Eine Mitgliedschaft macht jedoch nur dann wirklich Sinn, wenn im Gemeinderat und der Verwaltung der Wille zu einer aktiven Mitarbeit sowie genügend personelle Ressourcen vorhanden sind. Als Mitglied besteht die Möglichkeit, Projekte zu lancieren und bei Projekten mitzuarbeiten, welche die Stadt mit ihren eigenen Ressourcen nicht bewältigen kann. Es ist ein Burgdorfer Unternehmen Mitglied des Vereins, während die RM inzwischen mit der BLS fusionierte. Dem GR und dem Geschäftsführer des Vereins ist nicht bekannt, welche weiteren Unternehmen sich um eine Mitgliedschaft bemühen. Die Mitgliedschaft im Verein basiert auf Freiwilligkeit. Angesprochen sind regionale Key-Players wie Städte, Institutionen oder Unternehmen. Unter diesen Umständen macht für viele Gemeinden der Region ein Beitritt im Moment wenig Sinn. Denkbar wäre allenfalls eine Mitgliedschaft beispielsweise des Regionalverbandes Burgdorf.

Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

12. Interpellation Stefan Berger und Mitunterzeichnende betreffend „Situation Fachhochschule am Standort Burgdorf“

Stadtrat Berger Stefan ist gespannt auf die Antwort des GR. Der Bereich Bildung ist zurzeit im Allgemeinen eine Baustelle. Die Städte und Institutionen sind gefordert. Die Stadt Burgdorf profiliert sich mit den verschiedenen Bildungsstandorten und arbeitet mit im Bildungsraum Emme. Im Bereich der Fachhochschulen sind im Moment grössere Veränderungen vorhanden. Es ist deshalb interessant zu erfahren, was der GR unternimmt um den Standort Burgdorf zu sichern und stärken.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass der GR die Sorgen der Interpellanten teilt. Burgdorf soll auch zukünftig als wichtige Bildungsstadt im Kanton erhalten bleiben. Die Bildung ist einer unserer wesentlichen Standortvorteile. In welcher Kleinstadt mit knapp 15'000 Einwohnern kann man von der

Spielgruppe über den zweijährigen Kindergarten und die Volksschule ins Gymnasium oder mannigfaltige Berufslehren einsteigen und seine Karriere mit einem Bachelor- oder Master-Titel an einer Fachhochschule weiterführen? Damit die ortsansässigen Schulen im laufenden Umstrukturierungsprozess auf kantonaler Ebene nicht plötzlich von Burgdorf weg zentralisiert werden, hat der GR schon sehr früh darauf hin gearbeitet, den Standort Burgdorf und mit ihm den ganzen Emmeraum zu stärken. Alt Schulinspektor Bernhard Witschi aus Bätterkinden erhielt bereits im Februar 2004 den Auftrag, das entsprechende Konzept für die Schaffung eines neuen starken Bildungsraum Emme zu erarbeiten. In einem Treffen mit dem damaligen Erziehungsdirektor Mario Annoni und dem Leiter des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes Nink Theo wurde der Stadt aufgrund des vorliegenden Konzeptes ein Unterstützungsbeitrag von Fr. 30'000.-- zur Verfügung gestellt. Die Stadt hat damit ein konkretisiertes Projekt mit den Schulleitungen und Rektoren der weiterführenden Schulen erarbeiten lassen. Der Verein Bildungsraum Emme VBE wurde erfolgreich gegründet, und eben hat die Geschäftsstelle in Langnau ihre Arbeit aufgenommen. Burgdorf ist selbstverständlich Mitglied dieses neuen und wichtigen Vereins Bildungsraum Emme VBE. Sämtliche Rektoren der weiterführenden Schulen in Burgdorf nehmen an den Sitzungen des operativen Teams des Vereins teil, das vom Fachhochschulleiter Müller Heinz geführt wird. Die Stadt ist im KBE auf Verwaltungsebene ebenfalls vertreten. Der GR betont die Wichtigkeit einer reichhaltigen ortsansässigen Schullandschaft auch in seiner Legislaturplanung und hat für die Unterstützung die entsprechenden Gelder bereitgestellt. Der GR ist über die Absichten des Kantons informiert. Vor den Sommerferien 2005 fand eine Sitzung auf Initiative von Beerli Christine statt. Beerli Christine ist Departementsleiterin der Fachhochschule in Biel und Burgdorf. Die strategische Neuausrichtung der bernischen Fachhochschule war das Thema dieses Treffens, die Zusammenlegung der technischen Schulen in einem zentralen Campus zum Beispiel in Bern, Biel oder Burgdorf wurde gefordert. Die Fachhochschulen stehen auch schweizweit in einem harten Konkurrenzkampf zueinander, und Beerli Christine will mit ihrer Initiative die grosse Bildungsvielfalt des Kantons auf Fachhochschuleebene erhalten helfen. Die Stossrichtung erschien dem GR einleuchtend, hat ihn aber aufgeschreckt. Was geschieht bei einer Campus-Lösung mit dem Standort Burgdorf? Diese Frage wollte der GR nicht auf der operativen Ebene, sondern über die strategische klären. Aus diesem Grund traf sich eine Burgdorfer Delegation, zusammengesetzt aus dem Stadtpräsidenten, GR Grimm Markus und Professor Güdel, mit dem Schulratspräsidenten der Fachhochschulen, Herrn Dr. Bindschedler Georges. In dieser Sitzung wurde festgehalten, dass vor Januar 2006 keine Schritte vom Schulrat her unternommen würden. Ausserdem erhielt die Burgdorf Delegation die Zusicherung, dass unsere Stadt über Veränderungsabsichten rechtzeitig informiert werden würde. Der GR mochte sich aber nicht auf diese Zusicherung allein verlassen. Anfang März reichte er dem Schulrat der Fachhochschule ein Dossier ein, in welchem die Vorteile und Ausbaumöglichkeiten eines Campus Burgdorf aufgezeigt wurden. Der Schulrat nahm im Antwortbrief die Burgdorfer Überlegungen zur Kenntnis und bekräftigte einmal mehr, dass wir zu gegebener Zeit in die Campus-Diskussion einbezogen würden. Zusätzlich zu diesen brieflichen Kontakten finden regelmässige Treffen zwischen dem Stadtpräsidenten und dem Rektor der Fachhochschule, Dr. Gerber Rudolf, statt. Am letzten solchen Treffen Ende August dieses Jahres wies der Rektor darauf hin, dass die Feststellung der Berner Fachhochschulen wohl bis Frühling 2007 dauern werde und der Schulrat sich anschliessend erst mit den Zentralisierungsfragen befassen werde. Der GR versichert, dass alles unternommen wird, um die Fachhochschule in Burgdorf zu halten oder sogar auszubauen. Viele gute Gründe sprechen für einen Campus Burgdorf. Der GR erhofft sich vor allem auch von einem starken Bildungsraum Emme und der neu gebildeten Lobbygruppe im Verein Bildungsraum Emme die nötige Unterstützung und Kraft, um dieses Ziel in den nächsten Jahren zu erreichen. Burgdorf ist fit.

Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

13. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es wurden folgende Parlamentarische Aufträge und Vorstösse eingereicht:

- Auftrag FDP / SVP betreffend Strategiefestlegung für Jugend-, Kultur- und Begegnungszentren
- Motion GFL-Fraktion betreffend Vaterschaftsurlaub für Mitarbeiter der Stadt Burgdorf
- Motion Thomas Grimm, EVP, und Mitunterzeichnende betreffend Erhalt der Anzahl oberirdischer öffentlicher Parkplätze in der oberen Altstadt
- Dringliche Interpellation Christoph Grimm, GFL, betreffend Informationsfluss Gemeinderat - Grossrat (Das Büro des Stadtrates stimmt der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation der EVP-Fraktion betreffend erstem Emmentaler Slow – up (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Interpellation Martin Kolb, FDP, und Mitunterzeichnende betreffend „Was unternimmt die Stadt zur optimalen Vermarktung von Euro '08?“

Der Vorsitzende informiert, dass für den Schlummertrunk im Stadthaus reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 6. Oktober 2006 / hbr

Andrea Probst

Brigitte Henzi